

Pressemitteilung

Linz, 20. August 2021

Stagnierende Agrareinkommen erfordern höhere Agrarpreise und gezielte Berücksichtigung bei ökosozialer Steuerreform

Die heute im Rahmen des Grünen Berichtes für die heimische Land- und Forstwirtschaft präsentierten Zahlen weisen eine weiterhin stagnierende Einkommensentwicklung aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Agrareinkommen um lediglich 1,4 Prozent. Die Rinder- und Grünlandbetriebe, die fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, waren jedoch mit einem Einkommensrückgang von acht Prozent konfrontiert. Bei den Bergbauernbetrieben lag der Einkommensrückgang bei vier Prozent. „Auch wenn die Land- und Forstwirtschaft damit im Vorjahr vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist können im mehrjährigen Vergleich nur stagnierende Bauerneinkommen verzeichnet werden. Dazu kommen aktuell stark gestiegene Kosten in den Bereichen Futtermittel, Energie, Stallbau und Landtechnik. Diese Kostensteigerungen erfordern daher aktuell dringend steigende Erzeugerpreise in den Bereichen Milch, Rind- und Schweinefleisch. In den laufenden Preisverhandlungen ist vor allem der Lebensmittelhandel gefordert sein öffentliches Bekenntnis zur heimischen bäuerlich strukturierten Landwirtschaft auch in die Tat umzusetzen. Zudem bedarf es nun einer raschen Umsetzung der Herkunftskennzeichnung für heimische Lebensmittel, um die Marktposition der bäuerlichen Landwirtschaft weiter zu stärken“, erklärte LK-Präsidentin Michaela Langer-Weninger in einer Reaktion zu den agrarischen Einkommenszahlen des Grünen Berichtes 2021.

Neuer GAP-Strategieplan muss auch bäuerliche Einkommenssituation im Blick haben

Im heurigen Herbst stehen wichtige politische Entscheidungen zur Umsetzung des nationalen Strategieplanes zur Gemeinsamen Agrarpolitik an. Dabei geht es um die Umsetzung neuer Direktzahlungsregelungen sowie die Neukonzeption des Agrar-Umweltprogrammes ÖPUL, die Bergbauernförderung, die Investitionsförderung und die neue Junglandwirte-Förderung.

„Angesichts der weiterhin angespannten Einkommenssituation muss dabei vor allem die wirtschaftliche Perspektive und die Einkommenssicherung der bäuerlichen Familienbetriebe in den Mittelpunkt der agrarpolitischen Interventionsmaßnahmen gestellt werden. Die vielfältigen Leistungen der heimischen Land- und Forstwirtschaft für die Gesellschaft wird es in Zukunft nur dann weiter geben, wenn auch die Einkommen der Bauernfamilien mittel- und längerfristig gesichert werden können. Bei der anstehenden ökosozialen Steuerreform ist zudem sicherzustellen, dass auch für die Land- und Forstwirtschaft entsprechende Entlastungsschritte begleitend zur geplanten CO₂-Bepreisung umgesetzt werden“, fordert Kammerpräsidentin Michaela Langer-Weninger.



Bildtext: „Die zuletzt starken Kostensteigerungen erfordern dringend höhere Erzeugerpreise bei Milch, Rind- und Schweinefleisch“, verlangt LK-Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at